

Vereinigtes Königreich

Birgit Bujard

Nachdem Premierministerin Theresa May im Juli 2018 im Kabinett ihren Plan für die künftigen Beziehungen zwischen Großbritannien und der Europäischen Union durchgesetzt und dabei Brexit- und Außenminister verloren hatte, gelang ihr nach schwierigen Verhandlungen mit Brüssel im November 2018 der Abschluss eines Austrittsvertrags. Dieser fand weder in ihrer Partei noch im Unterhaus eine Mehrheit. Bis Mai 2019 hatte May die Unterstützung der Mehrheit ihrer Fraktion verloren und sah sich zum Rücktritt gezwungen, ohne einen geregelten EU-Austritt Großbritanniens erreicht zu haben.

Die Austrittsverhandlungen

Die Lösung der Frage, wie man die Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland nach einem Austritt Großbritanniens aus der europäischen Zollunion und dem Binnenmarkt offenhalten könnte, blieb das größte Problem der Austrittsverhandlungen.¹ Während Brüssel darauf beharrte, dass im Falle der Auslösung des sogenannten „Backstops“ – einer im Dezember 2017 vereinbarten Auffanglösung, um eine harte Grenze zu vermeiden und damit das Karfreitagsabkommen von 1998 zu wahren – Nordirland in der EU-Zollunion bleibe, argumentierte London, dies würde zu einer neuen Grenze entlang der Irischen See führen und Großbritanniens Integrität verletzen.² Am 7. Juni veröffentlichte die britische Regierung einen Gegenvorschlag. Diesem zufolge sollte ganz Großbritannien im Fall der Auslösung des „Backstops“ in einer vorübergehenden Zollunion mit der Europäischen Union bleiben. Dem Chefverhandler der Europäischen Kommission Michel Barnier zufolge warf der Plan mehr Fragen auf als er beantwortete. Auch innerhalb der May-Regierung stieß er auf Widerspruch. So forderte Brexit-Minister David Davis einen Endtermin für das vorübergehende Zollarrangement mit der Europäischen Union, doch May fügte dem Vorschlag nur die Aussage hinzu, die Regierung erwarte ein Ende des Arrangements bis Dezember 2021.³

Am 6. Juli 2018 versammelte May ihr Kabinett auf ihrem Landsitz Chequers und setzte – zwei Jahre nach dem Referendum – den ersten Plan der Regierung zu den künftigen Beziehungen mit der Europäischen Union durch. Der Plan sah eine britisch-europäische Freihandelszone für Güter mit einem „gemeinsamen Regelbuch“ vor. Zudem sollte Großbritannien über ein kompliziertes Verfahren de facto Teil des EU-Zollbereichs bleiben, aber zugleich eine eigene Handelspolitik verfolgen können. Freizügigkeit für Dienstleistungen, Kapital und Personen würde nicht weiterbestehen. Ein gemeinsamer Gütermarkt würde laut London auch die irische Grenzfrage lösen.⁴ Die Einigkeit im Kabinett währte allerdings nur kurz. Bis Montagnachmittag, dem 9. Juli 2018, waren Brexit-Minister Davis

1 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Irland“ in diesem Jahrbuch.

2 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Flucht nach vorn, 21.7.2018.

3 Jim Brunson/George Parker/Jim Pickard: Barnier says UK border plan for N Ireland raises more questions, in: Financial Times, 9/10.6.2019.

4 Alex Barker: British PM sets out the latest version of her vision, in: Financial Times, 9.7.2018

sowie Außenminister Boris Johnson zurückgetreten, da sie Mays Austrittskurs nicht mittragen wollten. May bemühte sich um Schadensbegrenzung und ernannte den Brexiteer Dominic Raab zu Davis Nachfolger. Dennoch drohten die konservativen Brexit-Hardliner unter Führung von Jacob Rees-Mogg mit einem innerparteilichen Misstrauensvotum gegen May, sollte sie an ihrem Konzept festhalten.⁵

Der Chequers-Plan brachte nicht den von May erhofften Durchbruch in den Verhandlungen mit Brüssel. Ende September 2018 trafen sich die 28 EU-Staats- und Regierungschefs zu einem Gipfel in Salzburg. Bereits im Vorfeld war nicht erwartet worden, dass das Treffen einen Verhandlungsdurchbruch bringen würde. Die Staats- und Regierungschefs der übrigen 27 Mitgliedstaaten (EU-27) wollten jedoch vermeiden, May mit der Nachricht nach London zurückzuschicken, ihnen sei ihr Chequers-Plan nicht genug. Grund war der Ende September stattfindende konservative Parteitag, bei dem man fürchtete, die wegen ihres Plans innerparteilich unter Druck stehende Premierministerin könne gestürzt werden, was den Abschluss der Austrittsverhandlungen verzögern könnte. Zugleich ging man nicht mehr von einer Einigung zwischen Europäischer Union und Großbritannien beim nächsten Europäischen Rat im Oktober aus. Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rats, stellte daher eine mögliche weitere Sitzung im November in Aussicht.⁶ Das Salzburger Treffen verlief jedoch anders als erwartet und endete mit der Warnung Tusks, Mays Plan, wenngleich er positive Elemente habe, werde nicht funktionieren – nicht zuletzt, da er den europäischen Binnenmarkt untergraben könne. Zugleich erhöhte Tusk den Druck auf May und erklärte, es müsse beim Gipfel im Oktober eine Einigung in der irischen Grenzfrage geben. Andernfalls werde es keinen November-Gipfel geben, bei dem der Austrittsvertrag finalisiert werden könne. May kündigte daraufhin die Vorlage neuer Vorschläge zur Lösung der Grenzfrage an.⁷

Erst Mitte November einigten sich die May-Regierung und die Europäische Kommission auf ein Austrittsabkommen. Diesem zufolge würde der „Backstop“ darin bestehen, dass das gesamte Königreich in einer Zollunion mit der Europäischen Union bliebe, bis es ein Freihandelsabkommen gebe.⁸ Allerdings würde das Land den „Backstop“ ohne Zustimmung der Europäischen Union nicht verlassen können. Zudem würde Nordirland weiterhin solche Binnenmarktregeln befolgen müssen, die für das Funktionieren des freien Verkehrs von Gütern und Agrarprodukten über die irische Grenze nötig wären. Ebenso würde sich das gesamte Land an EU-Regeln halten müssen, die sicherstellten, dass zwischen der Europäischen Union und Großbritannien in der Zollunion gleiche Bedingungen („level playing field“) bestünden.⁹ Zwar setzte May den Deal mit der Europäischen Union in ihrem Kabinett nach langen Diskussionen durch, doch die Einigkeit währte erneut nicht lang. Innerhalb von 24 Stunden traten Brexit-Minister Raab und Arbeits- und Rentenministerin Esther McVey zurück. May erklärte, sie werde den Austrittsvertrag dennoch zur Ratifikation ins Parlament geben.¹⁰ Am 25. November 2018 verabschiedeten die Staats- und Regierungs-

5 Jochen Buchsteiner: Das große Durcheinander, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.7.2018.

6 Hendrik Kafsack: Eine Katastrophe vermeiden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.9.2018.

7 George Parker/Alex Barker/Michael Peel: EU leaders ambush May over Brexit, in: Financial Times, 21.9.2018.

8 George Parker/Alex Barker: UK and Brussels hammer out draft terms of Brexit divorce, in: Financial Times, 14.11.2018.

9 Alex Barker/Mehreen Khan: May faces battle to sell Brexit deal to cabinet and parliament, in: Financial Times, 14.11.2018.

10 Heather Stewart/Pippa Crear: Theresa May vows to see Brexit plan through on day of turmoil, in: The Guardian, 15.11.2018.

chefs der EU-27 mit May in Brüssel den 585 Seiten langen Austrittsvertrag sowie die 26 Seiten lange politische Erklärung über die künftigen bilateralen Beziehungen.¹¹

Der Austrittsvertrag im Parlament

Dass die Vertragsratifikation schwierig würde, zeigte sich früh. Die konservativen Brexit-Hardliner der 50 bis 65 Personen starken European Research Group (ERG) forderten einen klaren Schnitt mit der Europäischen Union und lehnten den Austrittsvertrag ab, da er keinen „echten“ EU-Austritt bringe. Etwa 35 weitere Mitglieder der Konservativen (Tories) befürworteten einen EU-Verbleib und boykottierten den Vertrag. Die nordirische Democratic Unionist Party (DUP), die Mays Minderheitsregierung stützte, wies den Vertrag wegen des „Backstops“ zurück. Nordirland sollte nicht anders behandelt werden als der Rest des Landes. Die Labour Partei unter Jeremy Corbyn akzeptierte offiziell das Referendumsergebnis, wollte aber schon aus machtpolitischen Gründen den Tory-Austrittsplan nicht unterstützen. Etwa 60 Labour-Abgeordnete traten für einen EU-Verbleib ein, lehnten den Vertrag ab und unterstützten ein zweites Referendum zur Vermeidung des Austritts. Auch die proeuropäischen Parteien Scottish National Party, Liberaldemokraten und Plaid Cymru unterstützten den Vertrag nicht.¹²

Am 4. Dezember 2018 verlor die Regierung mit 321 zu 299 Stimmen eine Abstimmung, wonach das Parlament im Falle eines Scheiterns der Vertragsratifikation – geplant für die Folgewoche – das Recht haben würde, über einen Alternativplan zu entscheiden, inklusive einer Entscheidung gegen einen Austritt ohne Abkommen.¹³ Am 10. Dezember 2018 zog die Regierung das für diesen Tag geplante Votum über den Vertrag aufgrund mangelnder Unterstützung zurück. Es sollte nun bis 21. Januar 2018 über einen geänderten Vertrag stattfinden, da May hoffte, zuvor von Brüssel Zugeständnisse beim „Backstop“ zu erhalten.¹⁴ Mays innerparteilichen Kritikern gelang es infolgedessen, ein Misstrauensvotum gegen sie durchzusetzen. Beim Votum am 12. Dezember 2018 unterstützten 200 Abgeordnete May, doch 117 nicht.¹⁵ Beim Sondergipfel des Europäischen Rats im Dezember erreichte May keine Änderung des „Backstops“.¹⁶ Doch versicherten Tusk und Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, May kurz vor dem Unterhausvotum, die Europäische Union werde sich dafür einsetzen, bis zum 31. Dezember 2020 „alternative Regelungen“ für die Grenzfrage zu finden, um so den „Backstop“ nicht umsetzen zu müssen. Sollte er doch ausgelöst werden, sei dies nur temporär und man werde sich schnellstens daran machen, einen Vertrag mit Großbritannien zu schließen, der eine harte Grenze verhindere. Mays erhoffte Begrenzung des „Backstops“ auf ein Jahr war damit nicht möglich.¹⁷

Am 15. Januar 2019 lehnte das Unterhaus den Austrittsvertrag mit 230 Stimmen ab. 118 Tories hatten mit DUP, Labour und anderen Oppositionsparteien gegen die eigene Regie-

11 Hendrik Kafsack/Michael Stabenow: Freunde bis zum Ende aller Tage, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.11.2018; vgl. hierzu auch den Beitrag „Brexit“ in diesem Jahrbuch.

12 Marcus Gatzke/Bettina Schulz: Die Gegner sitzen überall, in: Zeit Online, 23.11.2018.

13 Henry Mance/George Parker/Jim Pickard: Double defeat for May reduces likelihood of no-deal Brexit, in: Financial Times, 5.12.2018.

14 George Parker/Laura Hughes: May searches for key to withdrawal deal, in: Financial Times, 12.12.2018.

15 BBC News: Theresa May survives confidence vote of Tory MPs, 12.12.2018.

16 George Parker/Tobias Buck: EU willing to give UK more written ‘guarantees’, Irish PM says, in: Financial Times, 9.1.2019.

17 Daniel Boffey/Jennifer Rankin: EU rejects Irish backstop time limit but backs technological solution, in: The Guardian, 14.1.2019.

rung gestimmt. Labour reichte daraufhin ein Misstrauensvotum gegen die Regierung ein.¹⁸ Bei diesem stellten sich jedoch die DUP sowie alle Tories wieder hinter May und die Regierung gewann das Votum mit 325 zu 306 Stimmen. May lud die Vorsitzenden der Oppositionsparteien zu Gesprächen ein. Nur Corbyn nahm diese Einladung zunächst nicht an.¹⁹

Trotz der Ablehnung des Vertrags befürwortete das Unterhaus keinen Austritt ohne Abkommen, gegen den es am 29. Januar 2019 mit knapper Mehrheit votierte. Am gleichen Abend stimmte es mehrheitlich dem Antrag des konservativen Abgeordneten Graham Brady zu, den auch die Regierung unterstützte. Diesem zufolge sollte der „Backstop“ durch nicht genauer spezifizierte „alternative Arrangements“ ersetzt werden.²⁰ Die Mitglieder der ERG erklärten, sie seien nur bereit, eine Regelung der irischen Grenze gemäß des „Malt-house Kompromisses“ zu akzeptieren. Dieser innerparteiliche Kompromiss zwischen Brexit-Hardlinern und moderaten Tories besagte, dass der „Backstop“ durch technologische Mittel ersetzt werden sollte, um so die irische Grenze offen zu halten.²¹

May bemühte sich erneut um eine Nachverhandlung des „Backstops“. Doch während EU-Chefverhandler Barnier weitere Verhandlungen über den Austrittsvertrag ablehnte, signalisierte er Bereitschaft, die politische Erklärung zu überarbeiten.²² Ende Februar erklärte May, das Parlament werde am 12. März 2019 erneut über den Vertrag abstimmen. Dies gab ihr mehr Zeit für Verhandlungen mit Brüssel und erhöhte den Druck auf ihre Fraktion, denn die Abstimmung würde nur wenige Wochen vor dem vorgesehenen EU-Austritt am 29. März 2019 stattfinden.²³ Zugleich stieg der Druck auf May, eine Verlängerung der Artikel-50-Frist zu beantragen. Mehrere entsprechende Anträge wurden ins Parlament eingebracht. Labour sprach sich inzwischen unter bestimmten Voraussetzungen für ein zweites Referendum über die EU-Mitgliedschaft des Landes aus. Zunächst bemühe man sich, die Regierung von den Labour-Plänen zum Verlassen der Europäischen Union zu überzeugen. Sollte dies scheitern, unterstütze man eine weitere Volksabstimmung über den Austritt, um einen „schädlichen Tory-Brexit“ oder einen Austritt ohne Abkommen zu verhindern.²⁴ Bereits beim Parteitag im September 2018 hatte die Partei erklärt, falls infolge einer Ablehnung des Verhandlungsergebnisses mit Brüssel Neuwahlen nicht durchsetzbar seien, auch andere Optionen wie ein zweites Referendum zu unterstützen. Umstritten blieb dabei jedoch, ob bei einem Referendum auch der Verbleib in der Europäischen Union auf dem Wahlzettel stehen sollte.²⁵

Am 26. Februar 2019 erklärte May erstmals öffentlich, dass eine Verlängerung des Austrittsprozesses nötig werden könnte. Sie verwies im Parlament auf die Möglichkeit für Abgeordnete, über eine Verlängerung der Artikel-50-Frist oder einen No-Deal-Brexit zu entscheiden, sollte auch das zweite Votum über den Vertrag negativ ausfallen.²⁶

Brüssel lehnte eine Nachverhandlung des Austrittsvertrags weiter ab, war aber bereit, eine gemeinsame Interpretation des „Backstops“ zu veröffentlichen. In der am 11. März

18 BBC News: Brexit: Theresa May's deal is voted down in historic commons defeat, 15.1.2019.

19 BBC News: May's government survives no-confidence vote, 16.1.2019.

20 Heather Stewart/Daniel Boffey: May goes back to Brussels but EU says nothing has changed, in: The Guardian, 29.1.2019.

21 Dan Sabbagh: Hard Brexiteers say only acceptable way forward is to remove backstop, in: The Guardian, 3.2.2019.

22 Alex Barker: Barnier snubs May on N Ireland backstop, in: Financial Times, 22.1.2019.

23 Laura Hughes/Alex Barker/Henry Mance: May puts off MP's vote on Brexit deal to within 17 days of departure, in: Financial Times, 25.2.2019.

24 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Labour fordert ein zweites Referendum über EU-Austritt, 26.2.2019.

25 Jochen Buchsteiner: Labour bleibt vage und unangreifbar, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.9.2018.

26 Financial Times: May relents on a vote for Brexit delay, 27.2.2019.

2019 getroffenen Vereinbarung bekräftigten beide Seiten, sie wollten bis zum Ende der Übergangsphase am 31. Dezember 2020 „alternative technische Lösungen“ finden, um Zollkontrollen an der Grenze unsichtbar zu machen. Zudem wurde Großbritannien zugesichert, dass es ein Schiedsgericht anrufen könne, sollte es von der Europäischen Union dauerhaft im „Backstop“ gehalten werden.²⁷ Nach wie vor gab es aber keine Möglichkeit für Großbritannien, unilateral den „Backstop“ zu beenden, oder eine zeitliche Befristung der Auffanglösung.

Am 12. März 2019 stimmte das Unterhaus mit einer Mehrheit von 149 Stimmen erneut gegen den Vertrag. 75 Tory- und alle DUP-Abgeordneten votierten gegen die Regierung.²⁸ Zwei Tage später stimmte das Parlament mit 413 zu 202 Stimmen für den Regierungsantrag, den EU-Austritt bis wenigstens 30. Juni 2019 zu verschieben. Das Votum zeigte die Spaltung der Tories: Mehr als die Hälfte ihrer Abgeordneten inklusive Brexit-Minister Stephen Barclay und sieben weiterer Kabinettsminister votierten gegen die Verlängerung.²⁹

Am 20. März 2019 beantragte May die Verlängerung des Artikel-50-Prozesses bis 30. Juni 2019.³⁰ Beim Europäischen Rat am 21. und 22. März 2019 entschieden die anderen Staats- und Regierungschefs, dem Königreich eine Frist bis zum 22. Mai 2019 – ein Tag vor Beginn der Europawahl – zu geben, sofern das Land bis 29. März 2019 den Vertrag verabschiede. Falls nicht, ende die Frist am 12. April 2019.³¹

May bemühte sich weiter um die Vertragsratifikation und versprach, sie stehe einem Premierministerwechsel vor Beginn der nächsten Phase der Verhandlungen mit Brüssel nicht im Weg, sofern die Brexit-Rebellen für den Vertrag stimmten. Brexit-Hardliner wie Boris Johnson erklärten, sie würden nun für den Austrittsvertrag votieren.³² Am 29. März 2019 verlor die Regierung dennoch das dritte Votum mit 344 zu 286 Stimmen. Tusk kündigte darauf eine weitere Sitzung des Europäischen Rats am 10. April 2019 an. Die May-Regierung wurde aufgefordert, einen Plan für das weitere Austrittsverfahren vorzulegen.³³

Parallel zu den Bestrebungen der Regierung, den Vertrag doch noch zu ratifizieren, konnte eine überparteiliche Initiative im Unterhaus Probeabstimmungen über Alternativen zu Mays Brexit-Plan durchsetzen.³⁴ Bei der ersten Abstimmungsrunde in der letzten Märzwoche erhielt jedoch keiner der acht Vorschläge, die etwa eine Zollunion mit der Europäischen Union oder die Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) über eine Mitgliedschaft des Königreichs in der Europäischen Freihandelsassoziation beinhalteten, eine Mehrheit. Am 1. April 2019 wurde über vier weitere Vorschläge abgestimmt, die auch alle keine Mehrheit erhielten. Am knappsten fiel die Abstimmung über eine Zollunion mit der Europäischen Union aus, die mit 276 zu 273 Stimmen abgelehnt wurde.³⁵

27 Matthias Kolb: Mit diesem Paket will May ihren Brexit-Deal retten, in: Süddeutsche.de, 12.3.2019.

28 George Parker: Downing Street optimistic over deal prospects, in: Financial Times, 15.3.2019.

29 Heather Stewart/Jessica Elgot/Peter Walker: MPs back Brexit delay as votes lay bare cabinet divisions, in: The Guardian, 14.3.2019.

30 Theresa May: Prime Minister's letter to President Tusk, 20.3.2019.

31 Henry Mance: Third ballot and power grab signal further trouble for PM, in: Financial Times, 23/24.3.2019.

32 Heather Stewart/Rowena Mason/Peter Walker: Brexit: May vows to resign before next phase of negotiations if deal is passed, in: The Guardian, 28.3.2019.

33 BBC News: MP's rejects May's EU withdrawal agreement, 30.3.2019.

34 Heather Stewart/Jessica Elgot/Rowena Mason: MPs seize control of Brexit process by backing indicative votes amendment, in: The Guardian, 25.3.2019.

35 Peter Walker: MPs reject all alternative Brexit options, in: The Guardian, 27.3.2019; Zeit Online: Unterhaus lehnt alle Brexit-Optionen ab, 1.4.2019.

May kündigte am 2. April 2019 nach einer siebenstündigen Kabinettsitzung an, sie werde eine weitere kurze Verlängerung der Artikel-50-Frist beantragen und versuchen, mit Corbyn eine Einigung über die künftigen EU-Großbritannien-Beziehungen zu erreichen.³⁶ Ziel war es, damit die Pattsituation im Parlament zu beenden. Labour nahm das Angebot an, doch es zeigte sich bald, dass eine Einigung schwierig würde. Die Partei forderte unter anderem eine permanente Zollunion mit der Europäischen Union, wozu die Tory-Regierung nicht bereit war. Zudem war Labour besorgt, dass ein Kompromiss zwischen den Parteien von einem neuen Tory-Premier möglicherweise nicht mehr eingehalten würde.³⁷

Am 5. April 2019 erbat May eine Verlängerung bis 30. Juni 2019 und kündigte Vorbereitungen für Europawahlen an, auch wenn die Regierung keine abhalten wolle.³⁸ Der Europäische Rat gewährte eine Verlängerung bis 31. Oktober 2019 mit der Option eines früheren Austritts, sobald das Unterhaus dem Vertrag zustimme. Sollte es nicht vor dem 22. Mai 2019 zur Ratifikation kommen, müsse das Königreich Europawahlen abhalten.³⁹

Nach sechs Wochen, Mitte Mai, beendete Labour die Gespräche mit der Regierung. Beide Seiten machten sich gegenseitig für das Scheitern verantwortlich. Corbyn erklärte, die politischen Differenzen seien zu groß und bezweifelte, dass die May-Regierung noch in der Lage sei, einen veränderten Brexitkurs durchzusetzen. May zufolge sei das Problem gewesen, dass es innerhalb der Labour-Partei keine einheitliche Position gebe, ob man den Brexit umsetzen oder aber ein zweites Referendum durchführen wolle.⁴⁰

Am 21. Mai 2019 erklärte May, sie werde einen angepassten Gesetzesentwurf für den EU-Austritt Anfang Juni zu einer weiteren Abstimmung ins Parlament bringen. Ihre Änderungen würden sowohl das Angebot eines Kompromisses hinsichtlich einer Zollunion mit der Europäischen Union sowie ein Parlamentsvotum über ein zweites Referendum enthalten.⁴¹ Dies stieß auf massive Kritik: Mehr als 70 konservative Abgeordnete, die zuvor Mays Brexitkurs mitgetragen hatten, erklärten, sie seien nicht bereit, diese Version zu unterstützen. Auch die europaskeptischen Kabinettsmitglieder befürworteten das Vorhaben nicht und der Druck auf May stieg, ihren Rücktritt einzuleiten.⁴²

Die Europawahl

Wiederholt hatte die Regierung die Teilnahme an der Europawahl abgelehnt, doch mit der zweiten Verlängerung ließ sich dies nicht mehr verhindern. Austrittsgegner hofften auch auf Erfolge der neu gegründeten Partei Change UK. Diese bestand aus ehemaligen Labour- und Tory-Abgeordneten, geeint in ihrer Ablehnung eines EU-Austritts. Ihr Wahlkampf erwies sich jedoch als wenig effektiv.⁴³ Bei niedriger Wahlbeteiligung (36,9 Prozent) gingen 31,6 Prozent der Stimmen und 29 Sitze an die von Nigel Farage neu gegründete, einen EU-Austritt ohne Abkommen fordernde Brexit Party. Zweitstärkste Kraft wurden die

36 Jim Brunsten/Alex Barker/Mehreen Khan: Brussels poised to offer Britain long Brexit delay with conditions, in: Financial Times, 3.4.2019.

37 BBC News: Brexit: PM and Corbyn holding meeting over cross-party talks, 14.5.2019.

38 Theresa May: Prime Minister's letter to President Tusk, 5.4.2019.

39 Laura Hughes/Henry Mance: May renews bid to strike deal with Labour before EU poll next month, in: Financial Times, 12.4.2019.

40 Peter Walker/Heather Stewart: May and Corbyn blame each other as Brexit talks collapse, in: The Guardian, 17.5.2019.

41 Theresa May: PM's speech on new Brexit deal, 21.5.2019.

42 George Parker: PM joins list of predecessors broken by splits over EU, in: Financial Times, 25./26.5.2019.

43 Jessica Elgot: 'Politics isn't going to wait for you: has Change UK missed its moment?', in: The Guardian 20.5.2019.

Liberaldemokraten mit 20,3 Prozent und 16 Sitzen, ein Zuwachs von 13,4 Prozent im Vergleich zur Europawahl 2014. Herbe Verluste machten die großen Parteien. Labour verlor 11,3 Prozent und kam nur noch auf 14,1 Prozent und 10 Sitze. Die Tories lagen sogar hinter den Grünen und verloren 14,8 Prozent. Sie gewannen nur 4 Sitze.⁴⁴

Das Wahlergebnis zeigte, wie gespalten die britischen Wähler mittlerweile zwischen dem Austritt („Leave“) und dem Verbleib in der Europäischen Union („Remain“) sind. Die Verluste der Tories rührten insbesondere daher, dass sie den Austritt nicht herbeigeführt hatten und konservative „Leave“-Wähler zur Brexit Party wechselten. Zudem wechselte eine geringere Zahl solcher Tory-Wähler, die gegen den EU-Austritt sind, zu einer der „Remain“-Parteien, insbesondere zu den Liberaldemokraten. Labour wiederum verlor Stimmen, da Labour-„Remain“-Wähler vor allem zu den Liberaldemokraten und Grünen wechselten sowie die kleinere Zahl der Brexit-Befürworter zur Brexit Party, wenn auch in geringerem Maße als bei den Tories. Das Wahlergebnis zeigte eine zunehmende Wählerpolarisierung: Diese befürworteten auf der einen Seite insbesondere einen EU-Austritt ohne Abkommen und auf der anderen Seite ein zweites Referendum oder die Option, das Austrittsgesuch zurückzunehmen. Nur geringe Unterstützung bestand für Kompromisspositionen, wie etwa den von May ausgehandelten Vertrag, oder auch einen weicheren, Norwegen-ähnlichen Brexit, wie Labour ihn unterstützt.⁴⁵

Premierministerwechsel

Am 24. Mai 2019 kündigte May ihren Rücktritt an. Bis zur Wahl des Nachfolgers würde sie kommissarisch Regierungschefin bleiben.⁴⁶ Zunächst bestimmte die Tory-Fraktion in mehreren Wahlgängen die aussichtsreichsten Kandidaten. Über die verbliebenen zwei entschied dann die etwa 160.000 Parteimitglieder.⁴⁷ In der letzten Abstimmung der Fraktion am 20. Juni 2019 setzten sich Jeremy Hunt (77 Stimmen) und Boris Johnson (160 Stimmen) durch.⁴⁸ Johnson hatte bereits Ende Mai angekündigt, man werde am 31. Oktober 2019 die Europäische Union verlassen, mit oder ohne Abkommen.⁴⁹ Am 23. Juli 2019 gewann er die Wahl eindeutig. Erneut zeigte sich die Spaltung der Partei: Mehrere Minister der May-Regierung, die einen Austritt ohne Abkommen ablehnten, traten bereits vor Johnsons Amtsantritt zurück. Die Situation im Parlament würde auch für den neuen Premier mit einer faktischen Mehrheit von drei Mandaten prekär bleiben.⁵⁰

Die Brexit-Politik unter Boris Johnson

Johnson machte unmittelbar nach Amtsübernahme nicht den Eindruck, Mays Brexit-Politik fortzuführen. Er bildete das Kabinett um, welches nun von Brexit-Hardlinern wie Dominic Raab (Außenminister) und Michael Gove (Minister zur Vorbereitung eines Austritts ohne Abkommen) dominiert wurde. Johnson bekräftigte, das Land werde spätestens am 31. Oktober 2019 die Europäische Union verlassen, notfalls auch ohne Abkom-

44 BBC News: The UK's European elections 2019, 27.5.2019.

45 John Curtice: Fracture and Polarisation? Lessons from the Euro-Election, 1.6.2019, abrufbar unter: <https://whatukthinks.org/eu/fracture-and-polarisation-lessons-from-the-euro-election/> (letzter Zugriff: 23.6.2019).

46 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Wirtschaft fürchtet Boris Johnsons Aufstieg, 25.5.2019.

47 BBC News: Theresa May resignation: How the UK's next prime minister will be chosen, 7.6.2019.

48 Heather Stewart/Peter Walker: Hunt to face Johnson amid rumours of tactical voting in Tory leadership race, in: The Guardian, 20.6.2019.

49 Rowena Mason: Boris Johnson: UK will leave EU in October, deal or no deal, in: The Guardian, 24.5.2019.

50 Charlie Cooper/Annabelle Dickson/Emilio Casalicchio: Boris Johnson: Dude or dud?, in: Politico, 24.7.2019.

men. Er forderte die Streichung des „Backstops“ aus dem Austrittsvertrag und kündigte die Intensivierung der Regierungsvorbereitungen für einen Austritt ohne Abkommen an.⁵¹ Mit dem Parlament ging die neue Regierung auf Konfrontationskurs und schickte es am 9. September in einen fünfwöchigen Zwangsurlaub, der vom Supreme Court am 24. September 2019 als gesetzwidrig aufgehoben wurde, da er das Parlament an der Ausübung seiner konstitutionellen Aufgaben hindere.⁵² Zur Vermeidung eines Austritts ohne Abkommen hatte die Opposition im Unterhaus kurz vor der Zwangspause ein Gesetz verabschiedet, welches die Regierung verpflichtete, eine Verlängerung der Artikel-50-Frist zu beantragen, sollte bis 19. Oktober 2019 kein Austrittsvertrag vom Parlament verabschiedet sein. 21 Tories, die das Vorhaben unterstützt hatten, wurden aus der Fraktion ausgeschlossen.⁵³ Zwar erreichte die Regierung im Oktober 2019 eine Änderung des Irland-Protokolls des Austrittsvertrags, welche faktisch eine Rückkehr zum EU-Vorschlag eines Nordirland-spezifischen „Backstops“ war und zu einer Zollgrenze entlang der Irischen See führen würde. Doch dafür verlor die Minderheitsregierung die Unterstützung der DUP.⁵⁴ Nachdem das Unterhaus den Plan der Regierung, das Gesetz über den Austrittsvertrag im Schnellverfahren im Parlament durchzusetzen, abgelehnt hatte, setzte diese den Gesetzgebungsprozess aus und versuchte, Neuwahlen zu erreichen. Erst beim vierten Versuch am 29. Oktober 2019 erreichte Johnson im Unterhaus ausreichend Zustimmung der Oppositionsparteien für Neuwahlen, die für den 12. Dezember 2019 angesetzt wurden. Der Europäische Rat hatte am Tag zuvor erklärt, man gewähre Großbritannien eine Verlängerung des Austrittsprozesses bis 31. Januar 2020.⁵⁵ Aufgrund der Neuwahlen liegt die britische Ratifikation des Austrittsvertrags wenigstens bis Mitte Dezember auf Eis.

Fazit

Während ihrer Amtszeit gelang es Theresa May nicht, das gesplante Land zusammenzuführen. Sie versäumte es vor Beginn der Austrittsverhandlungen einen parteiübergreifenden Dialog aufzunehmen, der dem knappen Referendumsergebnis gerecht geworden wäre. Stattdessen pochte sie auf die alleinige Umsetzung des Austritts durch die Tories. Nach dem Verlust der parlamentarischen Mehrheit im Sommer 2017 zeigte sich jedoch, dass die Brexit-Hardliner in ihrer Partei und die DUP keinesfalls zu Kompromissen bereit waren. Mays späte Versuche, mit Labour eine Mehrheit für den Austrittsvertrag zu erreichen, wurden ihr innerparteilich als Verrat ausgelegt. Ihre Brexit-Politik trug zweifellos dazu bei, die Kluft in der Bevölkerung im Vergleich zu 2016 zu verstärken. Ihr Nachfolger als Vertreter der Brexit-Hardliner scheint diese Situation nicht entschärfen zu wollen und setzt – obgleich er bei den Verhandlungen mit Brüssel signifikante Kompromisse eingegangen ist – zu Hause im Hinblick auf seine politischen Gegner auf Konfrontation anstatt Kompromissbereitschaft.

Weiterführende Literatur

Patrick Diamond/Peter Nedergaard/Ben Rosamond: The Routledge Handbook of the Politics of Brexit, London/New York 2019.

51 Stephen Castle: Boris Johnson's brutal Cabinet reshuffle puts Brexit hardliners on top, in: The New York Times, 25.7.2019.

52 BBC News: Supreme Court: Suspending Parliament was unlawful, judges rule, 24.9.2019.

53 BBC News: MPs back bill aimed at blocking no deal, 4.9.2019.

54 Politico: The Brexit deal explained, 17.10.2019.

55 Alastair Jamieson/Alasdair Sandford/Sandrine Amiel: New Year's leave? Deadlocked Britain to hold snap election on December 12, in: Euronews, 30.10.2019.